

Pressemeldung

vom 30.06.2009

Lage der 519 Tierheime in Deutschland spitzt sich zu

Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise, aber auch der Sozialgesetzgebung schlagen sich im praktischen Tierschutz negativ nieder. Das belegt eine vom Deutschen Tierschutzbund in Auftrag gegebene repräsentative Umfrage. Immer mehr Tiere werden aus finanziellen Gründen in Tierheimen abgegeben; notwendige Investitionen in den Tierschutzeinrichtungen sind nicht mehr finanzierbar. Der weitere Einbruch der Spenden hätte zudem dramatische Folgen: Der Tierheimbetrieb könnte nur noch 16 Monate auf dem jetzigen Niveau weitergeführt werden. Der Deutsche Tierschutzbund fordert vom Staat den „Gesellschaftspakt Tierschutz“.

69 Prozent der Tiere im Tierheim werden mittlerweile mit der Begründung „finanzielle Not“ abgegeben. Zum Großteil sind Hunde die „Opfer der Finanzkrise“ (85% der Neuzugänge in Tierheimen), danach folgen Katzen (56%) und Kleintiere (15%). Auch die Vermittlungssituation verschärft sich, vor allem Hunde sitzen länger in den Tierheimen. 54 Prozent der Tierheime geben an, dass sich die Futterkosten stetig erhöhen. Die Ergebnisse der Studie, die das MAFO-Institut (Schwalbach) im Auftrag durchgeführt hat, belegen auch, dass die Tierheime „regionale Jobmotoren“ sein könnten. Bei 75 Prozent der Tierheime sind dringende Investitionen notwendig, die aber derzeit aus finanziellen Gründen aufgeschoben werden müssen. Die Spenden in vielen Tierheimen sind stark rückläufig. Erste Tierheime stehen vor der Insolvenz.

„Wir brauchen einen Gesellschaftspakt. Tierschutz ist neben ideellem Engagement auch eine Finanzfrage. Um den Tierschutz mittelfristig zu stützen, benötigen wir 15 Millionen Euro. Was wir zudem brauchen, ist eine Berücksichtigung der Tiere bei der Bemessung von Sozialleistungen“, so Wolfgang Apel, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes. Und weiter: „Wenn wir jetzt nicht handeln, müssen wir die Tiere, die wir für die Kommunen betreuen, in den Rathäusern abgeben“. In den dem Deutschen Tierschutzbund angeschlossenen Tierheimen werden jährlich 300.000 Tiere betreut. Allein das ehrenamtliche Engagement spart den öffentlichen Haushalten jährlich mehr als eine halbe Milliarde Euro an Kosten für die Tierbetreuung. Dabei sind Tiere für ältere Menschen und für sozial schwache Personen oft die letzte Brücke in die Gesellschaft. Oftmals sind die Tierhalter gezwungen, ihr Tier abzugeben, weil die Tierhaltung bei der Bemessung von Sozialleistungen keine Rolle spielt. Die Entwicklung, die von Tag zu Tag dramatischer wird, ist auch für eine soziale Gesellschaft eine Entwicklung mit viel Sprengkraft.

„Tierschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Pflicht, der sich Bund, Land und Kommunen nicht entziehen dürfen. Und Tierheime übernehmen hierbei die staatliche Aufgabe, in Not geratene Tiere aufzunehmen. Der Staat verschiebt immer mehr Aufgaben auf den ehrenamtlich organisierten, karitativen Tierschutz, ohne sicherzustellen, dass der auch in der Lage ist, diese zu bewältigen“, erläutert Apel.

Mit freundlichen Grüßen
Presseabteilung
Deutscher Tierschutzbund e.V.
Baumschulallee 15
D-53115 Bonn
Tel: +49-(0)228-6049624
Fax: +49-(0)228-6049641
E-Mail: presse@tierschutzbund.de

Besuchen Sie auch die Website des Deutschen Tierschutzbundes e.V.:
<http://www.tierschutzbund.de>

Wussten Sie, dass der Deutsche Tierschutzbund e.V., Europas älteste und größte Tier- und Naturschutzorganisation, keinerlei öffentliche Mittel erhält? Wussten Sie, dass wir bei der Bewältigung der vielfältigen Aufgaben ausschließlich auf Mitgliedsbeiträge und Spenden tierliebender Menschen angewiesen sind?

Wir bitten Sie: Helfen auch Sie uns. Nur mit Ihrer Unterstützung können wir für die Tiere aktiv sein.

Sie können uns online [spenden](#)
Oder überweisen Sie Ihre Spende auf das Spendenkonto des Deutschen Tierschutzbundes e.V. Nr. 40 444 bei der Sparkasse KölnBonn (BLZ 370 501 98).
Spenden sind steuerlich absetzbar – Gemeinnützigkeit anerkannt